

Die Durchbruchsbücher am Dnepr.

Die Russen führten im Raum des Dnepr und des Bruth im Nordosten der Bulowina ihre verzweifelten Durchbruchsbücher fort. Sie wurden überall zurückgeschlagen und erlitten die schwersten Verluste. Auf der ganzen Front Bruth-Dnepr tobte der Kampf sieben Stunden lang mit größter Hingabe. Die Russen schoben immer wieder neue Kolonnen in fünfzehner Reihe vor, die alle unter schweren Verlusten zurückstießen. Aus Bruth über den Nischnig führten die feindlichen Offiziere das Maschinengewehrfeuer gegen die eigenen Kolonnen. In diesen Kämpfen ward die Anwendung von Dumdumgeschossen durch russische Soldaten vielfach festgestellt.

Der russische Offiziersmangel.

Der militärische Mitarbeiter von "Svenska Dagblad" schreibt aus Anlass des Offiziersmangels in Russland: "Von einer effektiven Truppenleitung kann bei einer so geringen Anzahl von Beschleppern gar keine Rede sein, und die Disziplin kann nicht aufrechterhalten werden. Eine Armee, die an einem so furchtbaren Offiziersmangel leidet, muss unbedingt — trotz der Tapferkeit der Soldaten — zu grunde gehen."

Amerika als Kriegsbankier.

Der amerikanische Universitätsprofessor T. W. Lamont kommt in einer Studie über die finanzielle Unterstützung der kriegsführenden Mächte durch die Vereinigten Staaten zu dem Ergebnis, daß die amerikanische Hochfinanz seit Ausbruch des Krieges den fremden Staaten Anteile in Gesamtbeträge von 200 Millionen Dollars (800 Millionen Mark) gewährt hat.

Hierzu entfallen 80 Millionen Dollar auf Kanada, 25 Millionen auf Russland, 40 Millionen auf Frankreich und der Rest auf Italien sowie mehrere neutrale Staaten. Lamont hebt als bemerkenswert hervor, daß die europäischen Mächte so viel amerikanisches Kapital aufnehmen, trotzdem die Bedingungen sehr ungünstig sind, denn die Kosten und Zinsen bedingen für England einen Aufschlag von 1½ Prozent, für Frankreich 2½ Prozent und für Russland sogar 20 Prozent.

Die englischen Verluste an den Dardanellen.

Aus General Jan Hemiltons Dardanellen-Bericht, der die Zeit vom 25. April bis 5. Mai behandelt, ist erschlich, daß von manchen Landungsabteilungen die Hälfte kampfunfähig gemacht wurde. Die feindlichen Maschinengewehre waren, so sagte er, ganz "wissenschaftlich" aufgestellt. Eine lange Linie von Leuten wurde wie von einer Seise niedergemacht. Die Verluste bis 5. Mai betrugen: Offiziere: 177 tot, 412 verwundet, 18 vermisst; Mannschaften: 1990 tot, 7807 verwundet, 3580 vermisst.

Russlands Völkerrechtsbruch gegen „Albatros“.

Schwedens Note und Russlands Antwort.

Der schwedische Gesandte in Petersburg hatte, wie ein Communiqué der schwedischen Regierung mitteilt, den Auftrag erhalten, sofort bei der russischen Regierung kräftig gegen die Verleugnung des schwedischen Territoriums und der Neutralität Schwedens, deren russische Kreuzer sich durch Beschießung des deutschen Minenkreuzers "Albatros" innerhalb der schwedischen Hoheitsgrenze kundig gemacht hatten, zu protestieren. Die russische Regierung gab darauf sowohl direkt gegenüber dem schwedischen Gesandten, wie auch durch den Stockholmer russischen Gesandten eine Erklärung folgenden Inhalts ab:

Nach dem von dem russischen kommandierenden Admiral eingegangenen Bericht konnte der Vorfall, welcher Gegenstand des schwedischen Protests war, sich nur infolge des ausfällig beruhenden Rebels ereignen, welcher verhinderte, die Belästigung genau zu regulieren. Die russische Regierung drückt das schlechte Verhalten über das Gedächtnis aus und versicherte, daß sie nötig enthalsten sei, gewissenhaft die schwedische Neutralität zu achten. Im gegenwärtigen Falle liege nur eine dauerliche Nachahmung vor. Es sei den Betreffenden bestimmte Weitung gegeben, in dieser Beziehung ihre Aufmerksamkeit zu verdoppeln, um eine Wiederholung solcher Ereignisse unmöglich zu machen.

Die schwedische Regierung durfte sich mit diesem dem Kern der Sache aufweisenden Bescheid wohl kaum zufrieden geben. Sie hat von dem Kommandanten auf Gotland den folgenden Bericht über den Vorgang erhalten, der diesen als die brutale Verleugnung der schwedischen Hoheits- und Neutralitätsrechte kennzeichnet.

Am 2. Juli 7 Uhr 40 Minuten morgens wurde im Nebel, etwas außerhalb der Briterno-Glockenboje ein Fahrzeug entdeckt, welches den Bordermann verloren hatte und fast still lag. Dieses Fahrzeug wurde dann als der deutsche Minenkreuzer "Albatros" festgestellt. Die ganze Zeit hindurch hörte man Geschüsse von See. Nach einiger Zeit wurde eine Explosion an Bord des "Albatros" bemerkt, welcher unmittelbar darauf sich in Fahrt setzte, nördlich um den Briterno-Grund steuerte, dann weiter um Oestersgarnsholm und im Oestersgarn-Sunde die ganze Zeit von zwei russischen Kreuzern bestellt beschossen wurde, welche ungefähr gleichzeitig mit der oben erwähnten Explosion nordöstlich und südöstlich der Glockenboje entdeckt wurden. Der erstgenannte der russischen Kreuzer (Bajanow) verfolgte und drehte schließlich auf 57 Grad 28 Minuten 20 Sekunden nördlicher Breite und 19 Grad östlicher Länge, also auf schwedischem Seegebiete bei, immer beständig auf "Albatros" schwießend, welcher außerdem die ganze Zeit von dem anderen südlich der Glockenboje stehenden russischen Kreuzer beschossen wurde. Um 8 Uhr 15 Minuten vor mittags lief "Albatros" auf Strand gleich unterhalb der Signalführung und wenige Minuten vorher, als er sich auf 57 Grad 25 Minuten 38 Sekunden nördlicher Breite und 18 Grad 57 Minuten östlicher Länge befand, schoßen die russischen Schiffe die leichten Geschütze gegen ihn ab. Eine große Anzahl russischer Geschütze kannte über Oestersgarnsholm und blickt am Leuchtturmplatz vorbei, so daß das Leuchtturmpersonal sich veranlaßt sah, den Platz zu verlassen und Schutz in einer Höhle auf der Westseite der Insel zu suchen. Verschiedene Geschosse fielen nach Berechnungen nur einige hundert Meter vom Land bei Ruppen ins Wasser.

Vor Empfang der oben mitgeteilten russischen Erklärung, die von diesem Bericht getroffen zu liegen gestraft wird, hatte die schwedische Regierung in einer Note an den Stockholmer russischen Gesandten den Inhalt des Berichts weitergegeben und unter Wiederholung des Protestes die Hoffnung auf eine schnelle zutreffendstellende Erledigung dieser unangenehmen Angelegenheit ausgedrückt.

Alles, was wir an unseren Gegnern tadelnswert und verwerthlich finden, das müssen wir selber vermeiden und nur das an sich Rechte tun, nicht allein aus Neigung, sondern recht aus Zweckmäßigkeit und geschicklichem Bewußtsein. Gottfried Keller.

Der „Armenian“-Fall erledigt.

Die Londoner "Morning Post" meldet aus Washington: "Der Giochensfall wegen der „Armenian“ ist für die Vereinigten Staaten erledigt, da kein Zweifel darüber besteht, daß das Schiff zu entkommen versucht und seine Flucht unter diesen Umständen für rechtmäßig gilt. Der Fall hat die Amerikaner in der Überzeugung bestärkt, daß Schiffe nicht ohne vorherige Durchsuchung torpediert werden dürfen, sondern erst, wenn das Vorhandensein von Waffen nachgewiesen worden ist. Es sei jetzt festgestellt, daß ein Unterseeboot dassebe Verfahren wie ein Kreuzer anwenden könnte."

Diese Feststellung ist nur richtig, wenn nicht unter Mißbrauch einer neutralen Flagge das Unterseeboot vor dem bewaffneten (englischen) Dampfer vorher in die Grund gesunken wird.



EHRENTAFEL

der in den Kämpfen um Deutschlands Ruhm und Fortbestehen gefallenen Helden aus Wilsdruff und den Orten der Umgebung.

William Breuer aus Wilsdruff.

Soldat im Infanterie-Regiment Nr. 140

Ehre dem Tapferen!

Ein Engel schwebte niederwärts,
Die Palme in der Hand.
Er legt sie aufs gebrochne Herz:
Du starbst fürs Vaterland.

Kleine Kriegspost.

Basel, 8. Juli. Einem Privattelegramm des Sonderberichterstatters der "Basler Nachrichten" in Lemberg zufolge brennen die Russen auf ihrem Rückzug alles nieder, räuben und morden. In Kowno veranstaltete eine Kosakenattacke ein großes Blutbad, 75 Juden werden vernichtet, und 27 Leichen wurden gefunden.

Maisland, 8. Juli. Ein Prozeß gegen acht Maisländer Bürger wurde bis nach dem Kriegsverfaßt, da das Gericht die Geächteten (die natürlich ins Ausland geflüchtet sind) durchsetzen müßte. Die Angeklagten wurden freigesetzt.

Petersburg, 8. Juli. "Reitsch" ist beunruhigt über die Frage, ob monatlich zehn Millionen Geschosse beiderseitig werden könnten und ob insbesondere die erforderlichen Erze die Arbeiterschaft und Koks zu beschaffen sein werden. Er schlägt deshalb vor, Kriegssagelangene zur Munitionarbeit heranzuziehen.

Petersburg, 8. Juli. Die Bürgermeister von Windau, Goldingen und Oafenpol in den russischen Provinzen sind auf Befehl von Petersburg verhaftet und unter Militärbedienung in das Witauer Gefängnis eingefangen.

London, 8. Juli. Die Engländer machen den Versuch in der Russland-Mündung liegenden deutschen Kreuzer "Königsberg" zu torpedieren. Der Torpedo blieb aber in einer fiktiven Sandbank vor dem Schiff unzündlich liegen.

Peking, 8. Juli. Die deutschen, österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen dürfen nunmehr über See im Hafengebiet von Tsingtau lagernden Güter verzögern. Sie müssen sie aber spätestens bis zum 25. Juli d. J. abnehmen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

• Von berusser Stelle schwelen ernstliche Maßregeln gegen die künftlich herbeigeführte Auktionsschärferei geplant zu sein. Die Berliner Central-Einkaufsgesellschaft, Abteilung Buder, teilt mit: Trotz der gesetzlichen Maßnahmen, dem Konsum aus den reichlich vorhandenen Reserven, Verbrauchsänder zu ausführen, laufen noch fortgesetzte dringende Klagen über Mangel an Ware ein. Es kann den Buderraßinen und allen sonstigen Eigentümern von Verbrauchsänder nur dringend geraten werden, den Konsum mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, festsitzender Einkaufung von Ausfuhrkräften, Buder zu erfüllen, da andernfalls in Kürze schärfere Maßnahmen zu gewältigen sein dürften.

• Das stellvertretende Generalkommando des 1. bayrischen Armeekorps geht mit beachtenswertem Eifer gegen die Lebensmittelwucherer vor. Das Generalkommando droht die Wucherer in einem Erlass mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr. Die Teuerung sei nicht zuletzt auf die unlauteren Machenschaften einzelner Verbindlichkeiten und auf Auswüchse des Zwischenhandels zurückzuführen. Die Strafe trifft diejenigen gewerbsmäßigen Händler, die ungemein hohe Preise für Gegenstände des täglichen Bedarfs verlangen, ebenso diejenigen, die Wucherer zum Zweck der Preisssteigerung zurückhalten, und diejenigen, die im gewerblichen Kleinvolumen einem Käufer die Abgabe der Verkaufsgegenstände gegen Bezahlung verweigern. Unter den Gegenständen des täglichen Bedarfs werden alle Fahrungs-, Heizungs- und Beleuchtungsmittel der Haushaltung verstanden.

• Die Finanzminister der deutschen Bundesstaaten werden auf Einladung des Staatssekretärs des Reichskriegsministeriums am 10. Juli in Berlin zu einer Befreiung zusammenkommen. Der bayerische Staatsminister und Vorsitzende des Ministerkollegiums, Graf Herlitz, ist in Berlin eingetroffen. — Wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hört, handelt es sich bei der Konferenz nicht um die Beratung bestimmter Vorlagen; der Zweck der Zusammenkunft ist vielmehr eine allgemeine Aussprache über die Finanzlage des Reiches und die mit der finanzstellen Kriegsführung zusammenhängenden Fragen. Der Chef der Reichsfinanzverwaltung legt in der gegenwärtigen Zeit ganz besonderen Wert auf die unmittelbare und persönliche Führung mit den Leitern der einzelstaatlichen Finanzen.

• In der Donnerstagssitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme: der Antrag betreffend Sollfreiheit für Halbtaxi der Taxikasse 650, die Vorlage betreffend Belastung des in kleineren Brennereien hergestellten Branntweins bei Verarbeitung von Kartoffeln im Rohzustand für die Fleischställe für Kartoffelverarbeitung, die Vorlage betreffend die Höchstpreise für Petroleum und die Verteilung der Petroleumbestände und die Vorlage, betreffend Änderung des Militärtarifs für Eisenbahnen.

Die Verordnung über Petroleum tritt sofort in Kraft. Wie schon bekannt, darf der Höchstpreis für 100 Kilogramm Leuchtöl bei Verluden von 100 Kilogramm und mehr (Großhandel) 20 Mark, bei geringen Mengen (Kleinhandel) 20 Pfennig für 1 Liter ab Lager oder Laden und 20 Pfennig frei Haus des Käufers nicht übersteigen. Zur Überlassung in Kleinstwagen und Fässern sind Höchstpreise festgesetzt. Der Reichsanziger kann die Grundätze bestimmen, nach denen die Verteilung der im Handel befindlichen und in den Handel kommenden Petroleumbestände an die Verkäufer zu erfolgen hat.

Bulgarien.

• Der Prozeß gegen den Urheber des Bombenattentats im Kasino in Sofia hat sensationelle Entwicklungen über den Mordplan gegen König Ferdinand gebracht. Es stellt sich heraus, daß die Gelder für die Ausführung des mitschlüssigen Anschlags aus Serbien und Russland kamen, wobei der berüchtigte serbische Major Tantofisch, der in dem Mordplan gegen den Erzherzog Franz Ferdinand eine hervorragende Rolle spielt, in den Attentatsplan verwickelt erscheint. Der Hauptangestellte Anastasow gab an, daß ein gewisser Manolow nach Russland geschickt wurde, um dort Gelder in Empfang zu nehmen, die für die Ermordung des Königs ausgelegt waren. Aus dem Verlauf des Prozesses geht hervor, daß ein Umsatz in Bulgarien geplant war; die Russophilen sollten durch den Nord an Süder gebracht werden.

Belgien.

• Der Generalgouverneur erläßt eine Verordnung, nach der mit Gefangen bis zu einem Jahr Lehrverlust, Schulleiter und Schulinspektoren bestraft werden, die während der Dauer der Begehung im Unterricht oder bei sonstigen Verantwohlungen der Schule deutscheschule Umtriebe oder Kundgebungen dulden, fordern, veranlassen oder veranlassen. Die deutschen Behörden sind bestrebt, zur Verhinderung deutscher Manifestationen die Schulräume zu betreten und den Unterricht zu überwachen. Nach der Verordnung werden auch diejenigen bestraft, die die Überwachungsmaßnahmen, Ermittlungen und Untersuchungen erlaubnen und verhindern. Zuändige Gerichte für deutscher Übertritte sind die Militärgerichte.

Großbritannien.

• Die vom Kürschnertong eingebrachte Abstimmung. Bill wurde im Unterhaus mit 238 gegen 20 Stimmen in zweiter Lesung angenommen. Die Bill verlangt die zwanzigjährige polizeiliche Anmeldung aller in England ansässigen Personen im Alter zwischen 15 und 70 Jahren. Die lange, teilweise sehr erhebliche Duldung, die der Abstimmung voranging, wurde durch eine Erklärung des Ministerpräsidenten Asquith eingeleitet, die den Stand hatte, die bei den liberalen und sozialistischen Abgeordneten herrschende Aussicht, die Bill ziele auf die Einführung des zwangsweisen Militärdienstes oder zwangsweiser Arbeit ab, zu entkräften.

Englands Sorge vor der Zukunft.

Reichtum und Ansehen verloren.

London, 8. Juli.

Hochmut kommt vor dem Fall. Wo sind die Lage bin, da man im britischen Parlament die hochartige Rede hört von den "überernen Augen", die im Kriege unbedingt siegen müßten und die England zweifellos zu verschiedenen Händen bringen würden? Heute grinst Frau Sorge höhnisch in den Beratungssaal der Lords und der sehr ehrenwerten Mitglieder der Volksvertretung und schreit die Herzen mit allerlei düsteren Ausblicken auf die Seite, die kommen soll.

Im Oberhaus brachte Lord Middleton eine Resolution ein, daß die Regierung Schritte tun müsse, um die nicht-militärischen Staatsausgaben zu verringern. Er sagt dabei, daß die leichten Tage eine beträchtlich veränderte Haltung der Regierung betreffs des Krieges zeigten. Reden wie die Kurzons ließen erkennen, daß die Regierung entschlossen sei, das Volk nicht länger im Zweifel zu lassen, daß die Kräfte abgenommen und der Ernst der Lage völlig dargelegt werden solle. Die Kriegsära würde März 1916, wenn der Krieg dann beendet wäre, 1293 Millionen Pfund betragen, die Binsen würden 58 194 000, die Kriegspensionen etwa 19 Millionen Pfund Sterling ausmachen. Demgegenüber ständen, vorausgesetzt, daß die Verbündeten und die Dominions alle aus den Anteilen entstandenen Verpflichtungen erfüllten, nur 62 750 000 Pfund zur Verfügung, so daß ein jährliches Defizit von 14 250 000 Pfund vorhanden sein würde. Lord Middleton griff die bisherige Regierung heftig an und sagte, man sei ebenso wenig finanziell wie militärisch gerüstet gewesen.

Lord Halbans düstere Prophezeiungen.

Halban, der frühere Kriegsminister, der einst als deutschfreudig galt, fürglich aber bekannte, daß er seit langem für den Krieg gearbeitet hätte, stimmte Middleton zu. Es sei verschwendeter gewirtschaftet worden. Heute Klingt es so, als ob es nach dem Kriege genügen würde, neue Steuern zu erheben.

England werde indessen nach dem Kriege ein ganz anderes, weil viel ärmeres Land sein. Es werde die Vorteile des Prestiges, der Vergangenheit und der Tradition verloren haben, die England eine einzige Stellung im Handel und in der Industrie gegeben hätten.

Es hätte sie bis jetzt genossen, weil es sie in Berlin hatte, ohne daß Rivalen hineinkommen konnten. Jetzt aber würden die Rivalen ins Feld eindringen. England werde